

Kommentare

DIETRICH SCHRÖDER

Schlechtes Jahr in Sicht, doch leider ist Merkel nicht Obama



Nun dürften selbst die größten Optimisten nicht mehr daran glauben, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise unser Land verschont. Mit erstaunlicher Offenheit hat Angela Merkel die Deutschen darauf eingestellt, dass 2009 „ein Jahr schlechter Nachrichten“ wird. „Au weia“, mag da mancher denken, „wenn schon die Kanzlerin ihre negativen Erwartungen kaum noch verhüllt, das kann ja schlimm werden.“

Tatsächlich hat bisher kaum ein deutscher Spitzenpolitiker solche Worte fast nebenbei in den Mund genommen. Wir sind es hierzulande gewohnt, dass selbst die negativen Dinge noch verschönt werden – etwa, wenn von „Minuswachstum“ statt „Rückgang“ oder „Preisdynamik“ statt „Verteuerung“ die Rede ist.

So weit, so gut, oder eher doch: So schlecht. Denn außer, dass wir uns alle auf rauhe Wochen und Monate einrichten müssen, hat die Kanzlerin nicht verkündet, was ihre Regierung noch dagegen zu tun gedenkt. Die paar Euro Steuererleichterung, die es für den Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens geben soll, können es

ja wohl nicht sein. Stattdessen wird die Mehrheit lieber weiter den alten Wagen benutzen.

Ein deutscher Barack Obama, der in der Lage scheint, einer ganzen Nation in schwieriger Zeit neue Zuversicht zu verleihen, ist die Kanzlerin leider nicht. Ähnlich, wie der amerikanische Demokrat derzeit Vertreter aus dem republikanischen Lager in sein Kabinett einbindet, also eine Art Regierung für Notzeiten bildet, könnte sich Merkel auch verhalten. Sie könnte schon jetzt andeuten, dass es angesichts der Riesenprobleme wohl das Beste wäre, wenn die Große Koalition mit der SPD noch vier weitere Jahre fortgesetzt würde. Dann könnte man auch die für 2010 vorgeversprochenen Steuerentlastungen vorziehen und wir alle hätten bald mehr Netto im Portmonee. Da Deutsche – eher als Amerikaner – zur Sparsamkeit neigen, müsste dies mit dem Aufruf zum Konsum verbunden sein.

Stattdessen erleben wir eine Kanzlerin, die ihren Worten kaum Taten folgen lässt und wieder von einer Koalition mit der FDP träumt. Dabei deutet derzeit nichts darauf hin, dass dafür eine Mehrheit zustande kommt.

Aus der Schlappe nichts gelernt

Nicolas Sarkozy kann sich entspannt zurücklehnen. Seine Widersacher, die französischen Sozialisten, haben sich von ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr noch lange nicht erholt. Schon damals war ihre Uneinigkeit im Kampf um den Elysee-Palast eine wichtige Ursache für die Schlappe. Daraus haben sie nichts gelernt. Noch immer zeigen die profil-süchtigen Erben Mitterrands, dass sie sich lieber bekriegen, als dem quirligen Präsidenten Paroli zu bieten.

Das vorliegende Wahlergebnis stellt die Sozialisten vor neue Zerreißenproben. Zwar reicht in Demokratien auch nur eine Stimme zur Mehrheit, und demnach hat Martine Aubry gegen ihre Widersacherin Segolene Royal gewonnen. Doch wie immer bei hauchdünnen Entscheidungen, weckt der Vorsprung von nur 42 von 137.000 abgegebenen Stimmen Misstrauen und lässt schnell das Wort „Unregelmäßigkeiten“ kursieren. Nun muss der Parteivorstand am Mittwoch entscheiden, ob das Ergebnis endgültig ist oder am Donnerstag wieder gewählt wird. Bis dahin steht schon wie 2007 nur ein Sieger fest – Nicolas Sarkozy.

FRANK MANGELSDORF

Agenten auf Abwegen?

Es wäre der Stoff für ein gelungenes Hollywood-Drehbuch: Drei BND-Agenten auf Abwegen – als Sprengstoffattentäter in Kosovo. Doch was spannend klingt, ist irgendwie Realität. Irgendwie, denn keiner weiß wirklich, was in Pristina passiert ist. Auf die EU-Vertretung in Kosovo wurde ein Anschlag verübt. Ver-

erklären, warum seine Mitarbeiter Sicherheitskräfte des libyschen Revolutionsführers Gaddafi schulten. Nun sollen deutsche Agenten den jüngsten Staat der Welt sabotieren – mit TNT. Das klingt um so abenteuerlicher, da Deutschland sich für das Kosovo stark engagiert.

„Chip-Produktion ist eine Frage der nationalen Sicherheit“

Europas Halbleiterindustrie-Präsident Heinz Kunder über Produktionsverlagerung nach Asien und deutsche Chancen

Die EU muss die Mikroelektronik künftig genauso fördern wie asiatische Länder. Das fordert der Präsident der europäischen Halbleiterindustrie (SEMI), Heinz Kunder. Mit ihm sprach HEINZ KANNENBERG.

Märkische Oderzeitung: Herr Kunder, Europa verliert in der Mikroelektronik an Bedeutung. Wie alarmierend ist die Situation?

Heinz Kunder: Die Europäische Union steuert nur noch acht Prozent zur weltweiten Chipproduktion bei. Dagegen konnte Taiwan, das mit 23 Millionen Einwohnern weniger als ein Drittel der Einwohner Deutschlands hat, seinen Anteil an der Welt-Chipproduktion auf 20 Prozent ausbauen. Die EU gibt zwar relativ viel Geld für die Mikroelektronik-Forschung aus. Die Finanzierung neuer Fabriken überlässt Europa jedoch fast völlig der Industrie. Ganz im Gegensatz zu Taiwan, Südkorea, China oder Singa-

Montags-INTERVIEW

pur, die den Bau neuer Chipfabriken massiv fördern. In diesen Ländern entstehen immer mehr Fabriken, während aus Europa Produktion abwandert. In Europa beliefen sich 2007 die Investitionen in Chipfertigungstechnik auf 3,7 Milliarden Dollar, allein in Südkorea waren es 13 Milliarden Dollar.

Warum lässt man die europäischen Branchenchampions einfach nach Asien ziehen?

Dort erhalten sie ungleich mehr staatliche Unterstützung. So bestreitet Europas größter Chiphersteller STMicroelectronics bereits 45 Prozent seiner weltweiten Produktion in Singapur. Einige Leute in der EU glauben, dass die Fertigung ruhig nach Asien abwandern kann und dass wir uns dann in Europa auf Forschung und Entwicklung konzentrieren. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Forschung findet immer in der Nähe der Fertigung statt. Wenn die Fertigung nach Asien abwandert, wird ihr die Forschung über kurz oder lang folgen.

Wie ist diese Entwicklung zu stoppen?

Europa braucht ein klares Bekenntnis der EU-Kommission und der nationalen Regierungen zur Mikroelektronik. Und damit eine Korrektur der EU-Förderpolitik. Die EU muss neue Chipfabriken künftig genauso fördern, wie es die asiatischen Länder oder Mikroelektronik-Regionen in den USA praktizieren. Wir brauchen vergleichbare Investitionsbedingungen, sonst



Mikroelektronik-Experte Heinz Kunder: „Die Bundeskanzlerin sollte einen Mikroelektronik-Gipfel machen, damit die Branche nicht aus Deutschland abwandert.“ Foto: Michael Benk

kann Europas Industrie im weltweiten Wettbewerb nicht mit gleich langen Spießen kämpfen. Die nationalen Mittel müssen stärker gebündelt und auf die Cluster Dresden und Freiberg in Deutschland, Eindhoven, Nijmegen und Leuven in den Niederlanden und Belgien sowie Grenoble in Frankreich konzentriert werden.

Wird es in Deutschland künftig keine Chipfabriken mehr geben?

Entwicklungsintensive, leistungsfähige Chips für Autos, die Medizintechnik oder den Maschinenbau, die anders als Chips für Handys eine hohe Lebensdauer haben, werden auch künftig in Deutschland produziert werden. Damit haben auch kleine Chipfabriken, wie die Fabrik von X-FAB in Erfurt, mit speziellen Produkten eine Chance. Die Massenproduktion wird jedoch eher in Asien oder Übersee stattfinden.

Welche Alternativen gibt es für Europa?

Da bieten sich die sogenannten Foundries an. Eine von AMD abgespaltene Fabrik in Dresden will mit einem saudiarabischen Investor diesen Weg gehen. Das in Taiwan und Singapur getestete Geschäftsmodell, das auch für die Chipfabrik in Frankfurt mal vorgesehen war, funktioniert so: Kunden bestellen spezielle Chips. Foundries produzieren sie in einer bestimmten Stückzahl und nutzen so optimal die Marktchancen. Es geht aber auch anders. AMD baut die nächste Fabrik in New York und nicht in China. Und die Investitionsbedingungen sind in den USA nicht besser als in Deutschland. Für AMD stand jedoch fest, es können nicht alle Chips außerhalb von Amerika gebaut werden. Das ist für die Amerikaner auch eine Frage der nationalen Sicherheit. Denn 60 Prozent der weltweiten Chipfabriken befinden sich in Erdbebengebie-

ten. Wir müssen die Stärken stärken. Dazu gehört die Mikroelektronik-Region Dresden mit einem 200 Kilometer-Radius mit Freiberg, Erfurt, Jena, Berlin und auch Frankfurt (Oder). Der falsche Weg, um international konkurrenzfähig zu sein, ist, dass jeder sich als Zentrum sieht. Wenn ich Bundeskanzlerin wäre, würde ich einen Gipfel der neuen Bundesländer machen und fragen: Was können wir gemeinsam tun, um die Mikroelektronik nicht abwandern zu lassen?

Warum klappt das nicht?

Wenn ich mit den Ministerpräsidenten rede, stimmen sie mir zu. In Berlin findet man dafür aber schon kein offenes Ohr mehr. Dabei behauptet die Bundesregierung selbst, dass 80 Prozent der deutschen Exporte von der Mikroelektronik abhängen. Da müssten doch angesichts von Schließungen von Chipfabriken die Alarmglocken läuten.

Welche Perspektive hat ein ehemaliger Halbleiterstandort wie Frankfurt?

In Frankfurt ist bei den Ansiedlungen im Solarbereich eine hervorragende Kombination aus Unternehmertum und Wirtschaftsförderung gelungen. Das Unternehmen First Solar zeigt, wie man mit den hier produzierten Solarmodulen weltweit wettbewerbsfähig sein kann. Es gibt in Ostdeutschland aber noch häufig eine Tendenz zum Lokalismus. Dabei müssten die unterschiedlichen Potenziale der einzelnen Standorte stärker länderübergreifend gemeinsam genutzt werden. Entscheidend ist nicht, ob Sachsen besser ist als Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Berlin oder Thüringen, sondern was können die fünf Bundesländer besser als Japan. Und dabei muss Frankfurt herausfinden, was man hier besonders gut kann.

Ist eine Chipfabrik in Frankfurt noch realistisch?

Man sollte niemals nie sagen. Aber ich würde jetzt vorerst alle Energie in den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien am Standort setzen.

Welche Impulse erwarten Sie von der deutschen Politik?

In Japan stand am Anfang die Deklaration des Staates: Wir wollen eine führende Mikroelektronik-Nation sein. In Deutschland, wie auch den anderen EU-Staaten, fehlt dieser nationale Anspruch. Stattdessen werden wie jetzt in der Krise lieber Milliarden in alte Autos auf Halde gepumpt. Die deutsche Politik sollte Milliarden in Zukunftsindustrien und nicht in die Vergangenheit reinstecken.

Welche Regionen in Deutschland haben eine Chance in der Mikroelektronik?

Zur Person

Der Schweizer Heinz Kunder (56) ist Präsident des europäischen Verbandes der Halbleiterindustrie (SEMI). Der Verband vertritt 10.000 Unternehmen und hat seinen Sitz in Brüssel. Der Verband versteht sich vor allem als Plattform zur Förderung von Innovationen und Forschung in der Mikroelektronik. Kunder arbeitete zuvor in der Halbleiterindustrie in Liechtenstein und Asien.